

Erfahrungen, Probleme und Schlussfolgerungen aus dem Sozialismusversuch in der DDR – Defizite, Aufhebenswertes, Konsequenzen

Beitrag zur Konferenz »Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme, Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft« (10./11.11.2006 in Berlin)

Der Zeitpunkt unserer Veranstaltungen zum Sozialismus im 21. Jahrhundert ist nicht zufällig. Vor 10 und wahrscheinlich auch noch vor 5 Jahren wäre eine Konferenz der Linken zu diesem Thema kaum möglich gewesen.

Seit dem Scheitern des Realsozialismus 1989/91 und speziell in den letzten Jahren vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland, die ein gründliches Nachdenken und eine breite öffentliche Diskussion über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig machen. Ich halte vor allem folgende drei Prozesse und Zusammenhänge für entscheidend:

1. Die Zeit nach dem Ende der Systemkonfrontation wird zunehmend durch die Zuspitzung aller relevanten gesellschaftlichen Widersprüche des Kapitalismus und seine Unfähigkeit, Wege zu ihrer grundsätzlichen Lösung zu gehen, charakterisiert. Mit der Entfesselung des Kapitalismus, der rigorosen Durchsetzung des ungehemmten Marktes und der höchstmöglichen Kapitalverwertung, dem Eindringen der Markt- und Geldbeziehungen in alle Poren des gesellschaftlichen und individuellen Lebens, nehmen die zerstörerischen Tendenzen dieses Wirtschaftssystems auf allen für das Leben der Menschen wichtigen Gebieten zu: vom Abbau des Sozialstaates und der Demokratie, der verstärkten Umverteilung von unten nach oben durch im letzten Jahrzehnt in der Bundesrepublik sinkenden Reallöhne und die Steuerentlastungen für Großunternehmen und Spitzenverdiener, verfestigte Massenarbeitslosigkeit und zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in Arme und Reiche, der Zuspitzung der Umweltkrise und der Verschärfung der globalen Auseinandersetzungen über die Naturressourcen mit sich häufenden Kriegen, bis zur Vertiefung der Nord-Süd-Spaltung der Welt. Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die mit der Herrschaft der Finanz- und Kapitalmärkte und der transnationalen Konzerne eng verflochten sind, gefährden das heutige Leben von Hunderten Millionen Menschen und die Zukunft der ganzen Menschheit

Je größer die neuen Herausforderungen aus den sich zuspitzenden Klassengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit, der drohenden Umweltkatastrophe, den widersprüchlichen demografischen Prozessen und der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte und anderer Veränderungen sind, desto klarer wird, *das kapitalistische System ist nicht in der Lage, diesen Herausforderungen gerecht zu werden*. Damit wird auch deutlich, *der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, eine alternative, über den Kapitalismus hinausgehende Gesellschaft und eine andere Wirtschaft sind notwendig*. Nur dann wird es möglich sein, den neuen Herausforderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Menschheit umfassend und nachhaltig gerecht zu werden.

Fragen einer *Alternative zum Kapitalismus stehen wieder auf der Tagesordnung*. Damit gewinnt auch der öffentliche Diskurs über Kriterien und Eigenschaften einer sozialistischen Alternative im jetzigen 21. Jahrhundert, insbesondere über die Qualität ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sowie über die Funktionsweise und Regulierung ihrer Wirtschaft, an gesellschaftlicher Bedeutung.

2. In den mehr als 15 Jahren, die seit dem Scheitern des Realsozialismus in Europa vergangen sind, gab es nicht wenige Diskussionen und Publikationen zu den differenzierten und widersprüchlichen Ergebnissen und Erfahrungen des Realsozialismus insgesamt und speziell in der DDR, in der die wirtschaftlichen Probleme einen zentralen Platz eingenommen haben. Aus den Auseinandersetzungen mit dem Realsozialismus resultieren m.E. *wichtige Erkenntnisse sowohl über deren Defizite und Fehlentwicklungen, über Aufhebungswertes und Weiterzuentwickelndes, als auch über die Vorstellungen, wie ein demokratischer Sozialismus, seine wirtschaftlichen Strukturen und Regulierungsweise, aussehen sollten und wie sie sich herausbilden könnten.*

Die Erkenntnisse aus den Erfahrungen des Realsozialismus wurden und werden ergänzt und bereichert um die Erkenntnisse aus der als Marktsozialismus bezeichneten Entwicklung in China und Vietnam, aus den Diskussionen über die sozialistischen Perspektiven Kubas sowie aus den aktuellen Erfahrungen und Diskussionen in Venezuela, Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

3. Die Entwicklung der Gewerkschaften, der neuen sozialen Bewegungen, speziell der globalisierungskritischen Bewegung und der Sozialforen, sowie der linken sozialistischen Parteien wirft *neue Fragen der sozialen Träger einer sozialistischen Entwicklung und einer höheren Pluralität sozialistischer Politik auf.* Diese Bewegungen und Parteien gehen davon aus, dass eine andere Welt nicht nur nötig sondern auch möglich ist. In der Bundesrepublik gewinnt die Diskussion von Fragen einer sozialistischen Alternative im Zusammenhang mit der Herausbildung einer neuen gesamtdeutschen linken Partei und den damit einher gehenden programmatischen Debatten eine besondere Aktualität.

Die Entwicklung der sozialen Träger oder subjektiven Kräfte für einen Demokratischen Sozialismus verläuft sehr widersprüchlich und wird besonders in Europa noch im erheblichen Maße durch die Schwäche der Linken nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 und auch durch krisenhafte Prozesse unter den Linken gehemmt.

Vor allem die politischen Prozesse in Lateinamerika, veränderte politische Machtstrukturen in mehreren Ländern zugunsten der Linken und sich abzeichnende Veränderungen auch in den Eigentumsstrukturen durch Verstaatlichung von Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen in einigen dieser Länder tragen dazu bei, das Interesse an einem Sozialismus im 21. Jahrhundert in breiteren Bevölkerungsschichten wieder zu wecken.

Dieses wachsende Interesse war ein wichtiges Motiv für die Vorbereitung dieser Konferenz: Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme und Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen hier vor allem über die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen sprechen, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden durch einen Transformationsprozess der über den real existierenden Kapitalismus hinausgeht. Dabei stehen u.a. folgende Fragen im Vordergrund:

- welche Aufgaben sind heute vorrangig zu lösen, um der neoliberalen Offensive der Unterordnung aller gesellschaftlichen Beziehungen unter die Marktverhältnisse und die Verwertung des Kapitals entgegenzuwirken?
- inwieweit und auf welchen Gebieten können sich hieraus Ansätze für weitergehende Schritte eines sozialistischen Transformationsprozesses ergeben, oder wie kann die Verwirklichung aktueller wirtschafts- und sozialpolitischer Alternativen den Kampf um einen demokratischen Sozialismus fördern?

- Welche Rolle können sogenannte Einstiegsprojekte in eine sozialistische Transformation spielen und auf welchen Gebieten sind ihre voraussichtlichen Erfolgchancen relativ günstig?
- worin muss sich ein nachhaltig lebens- und entwicklungsfähiger, zukunftsorientierter Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden?
- Welche sozialen Kräfte, Subjekte und deren Interessen können Träger einer sozialistischen Transformation sein?

Aus den angeführten drei veränderten Grundzusammenhängen folgen weitgehende Konsequenzen für die Art und Weise des Kampfes um einen Demokratischen Sozialismus und für seine Qualität. Dabei geht es um Konsequenzen vor allem aus zwei verschiedenen Quellen, einerseits aus Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus, andererseits aus den veränderten realen Bedingungen des Kapitalismus und der Welt im 21. Jahrhundert im Vergleich zum letzten Jahrhundert. Auf diese beiden Erkenntnisquellen für Anforderungen an einen sozialistischen Transformationsprozess oder Vorstellungen zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts möchte ich etwas näher eingehen.

Erfahrungen und Defizite des gescheiterten Realsozialismus in Europa und insbesondere in der DDR

Bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus gab es *grundlegende Defizite insbesondere auf folgenden mit der Wirtschaft verbundenen Gebieten:*

- Mangelhafte Verwirklichung von Freiheit/Emanzipation/Selbstbestimmung/Demokratie in der Gesellschaft, in den Betrieben, Arbeitskollektiven und bei den Individuen; in der Lebensweise und in der Arbeit.

Diese Defizite äußerten sich u.a. in den unterentwickelten, wenig ausdifferenzierten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft und in dem realen Übergewicht des Staates, dabei speziell als Machtorgan. Dies zeigte sich u.a. in der Überdimensionierung zentralistischer Planung, in zu geringen und wenig wirksamen Rückkopplungsmechanismen der Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung, der Betriebe sowie der Regionen zu den Zentren der Macht.

- Fehlende Herausbildung eines den Bedürfnissen der Menschen und ökologischen Erfordernissen entsprechenden Produktions- und Reproduktionstyps sowie Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps. Die ökonomische Entwicklung verlief in den realsozialistischen Ländern weitgehend als eine dem kapitalistischen Muster folgende Modernisierung, vor allem der Entwicklung der Wirtschafts-, Produktions- und auch Konsumtionsstrukturen sowie der Technik (nachholende Modernisierung),
- Unzureichende Entfaltung und Nutzung von Kreativität, Innovationsfähigkeit und –stärke für die Steigerung von Produktivität und Effizienz,
- Schwächen bei der Sicherung eines bedarfs- und qualitätsgerechten Angebots an Waren und Dienstleistungen,
- Zu langsames und unflexibles Reagieren der Produktion auf Bedarfsveränderungen und Innovationen.

Diese *Defizite des Realsozialismus*, vor allem die ersten zwei, *sind nicht zufällig. Sie sind wesentlich eine Folge aus der Art seiner Entstehung und Entwicklung.* In der Sowjetunion: Ergebnis einer gewaltsamen Umwälzung, einer revolutionären Machteroberung durch eine Vorhut/Elite (Partei, führende Gruppe innerhalb der Partei) und damit weitgehend von oben; in der DDR von außen im Ergebnis des zweiten Weltkrieges, der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates, der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch den militärischen Sieg der sowjetischen Armee sowie ebenfalls in starkem Maße von oben.

Von erheblichem Einfluss war, dass die Entwicklung des Realsozialismus zunächst in einem Land und später in einigen Ländern erfolgte, bei Weiterbestehen des kapitalistischen Weltsystems und bei feindlicher Umgebung durch kapitalistische Staaten. Diese Art der Entstehung und Entwicklung des Staatssozialismus hatte Konsequenzen für alle Seiten der Produktionsweise, für die Individuen und die Gesellschaft, die Eigentumsstrukturen und die technologische Basis. Die Produktionsstrukturen und die Lebensweise des Kapitalismus wurden übernommen und weitergeführt, wozu auch eine in wesentlichen Zügen umweltschädliche Entwicklung der Produktivkräfte zu rechnen ist; es gab kaum reale Ansätze für eine alternative wirtschaftliche und technologische Entwicklung im Sinne einer ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft.

Wenn es hier vor allem um die Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus, geht, um daraus Schlussfolgerungen für einen Demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen, so stehen naturgemäß die ungelösten Probleme und die Defizite im Vordergrund. Das sollte nicht dazu führen, wichtige positive Erfahrungen der 70 bzw. 40 jährigen Geschichte des Realsozialismus außer Acht zu lassen. Diese bestehen nicht nur in den bekannten Leistungen auf den Gebieten Bildung, gesundheitlicher Versorgung, Kultur, Erleichterung der Verbindung von Familie und Erwerbsarbeit und bei wichtigen Seiten der Gleichstellung der Frauen, Überwindung von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, sondern auch in Veränderungen im Sozialverhalten der Menschen. Erwähnenswert sind hier u.a. das stärkere Vorhandensein solidarischer Verhaltensweisen zwischen den Menschen, von Interesse und Anteilnahme an persönlichen Problemen der Kollegen im Betrieb und der Nachbarn im Wohngebiet. Wie stark solche Verhaltensweisen von den ökonomischen und sozialen Strukturen bestimmt werden, zeigte sich in der raschen Veränderung von Verhaltensweisen, z.B. der Beziehungen zwischen Arzt und Patient oder zwischen den Kollegen einer abzuwickelnden wissenschaftlichen Einrichtung nach der Übernahme der ökonomischen und Rechtsverhältnisse der Bundesrepublik infolge des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik.

Die bisherige Diskussion über die Defizite und Mängel des Staatssozialismus und über die Gründe seines Scheiterns zeigen, dass es zu vielen wichtigen Aspekten unter den Linken eine weitgehende Übereinstimmung gibt, dass aber zu einigen grundsätzlichen Fragen nach wie vor tiefe Meinungsunterschiede, teilweise entgegengesetzte Auffassungen, bestehen. Für eine konstruktive, zielgerichtete Fortführung des Diskurses zu diesen Problemen soll hier eine zusammengefasste Einschätzung des bisherigen Diskussionsstandes unter den sozialistischen Linken zum Scheitern des Realsozialismus in Europa und speziell in der DDR versucht werden.

Probleme zu denen ein weitgehender Konsens unter den Linken besteht:

1. Der Staatssozialismus wies bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus grundlegende Defizite auf.
2. Das Scheitern ist nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, sondern auf einen Komplex von inneren und äußeren Faktoren, die untereinander eng verflochten sind, und sich in ihren negativen Wirkungen oft gegenseitig verstärkt haben.
3. Das *Scheitern ist nicht Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus*, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatssozialismus wider. Die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus bleibt unvermindert bestehen. Sie ist angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die großen sich weiter zuspitzenden ökonomischen, sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Probleme zu lösen, noch größer geworden.

Eine sozialistische Transformation wird jedoch nur dann von einer demokratischen Mehrheit unterstützt und auf den Weg gebracht werden können, wenn sich die Vorstellungen über den angestrebten Sozialismus in wesentlichen Zügen vom bisherigen Staatssozialismus unterscheiden. Zugleich muss ein neuer sozialistischer Versuch auch bewahrenswerte Leistungen des Realsozialismus und deren notwendige Weiterentwicklung sowie die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen der staatssozialistischen Länder für eine sozialistische Alternative fruchtbar machen.

Die Erfahrungen beziehen sich u.a. darauf, das Ausmaß zentralistischer Planung im Vergleich zur bisherigen Praxis, radikal zu verringern, die Spielräume für eigenverantwortliches, unternehmerisches Handeln der Wirtschaftseinheiten bedeutend zu erweitern und die ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte besser zu berücksichtigen. Weiterhin gilt es, Marktkategorien anstelle administrativ festgelegter Surrogate umfassender zu nutzen, und dabei die für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung unerlässliche gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft zu sichern.

4. Das Scheitern hängt mit Faktoren oder Umständen unterschiedlicher Qualität zusammen. Sie können in drei Komplexen zusammengefasst werden: (1) Historische und äußere Faktoren, die im wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren. (2) Strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus. (3) Subjektive Faktoren – Schwächen bei den für die Führung der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlichen Personen und Spitzengremien der Partei, Subjektivismus und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Einige knappe Bemerkungen zu den **äußeren oder historischen Faktoren**

Das politische Umfeld und die konkreten äußeren ökonomischen Bedingungen waren letztlich entscheidend für das staatssozialistische Modell, das der Entwicklung in der DDR zugrunde lag. Sie bestimmten in hohem Grade die spezifischen Züge der Herausbildung und Gestaltung des Realsozialismus in der DDR. Dabei gingen entscheidende Einflüsse von der weitgehenden Übernahme des sowjetischen Planungsmodells aus. Die verschiedenen äußeren Faktoren übten einen wesentlichen und anhaltenden Einfluss auf die ökonomische und soziale Entwicklung – begünstigend oder (meist) erschwerend – aus.

Neben den für alle realsozialistischen Länder Europas gemeinsamen äußeren, historischen Bedingungen gab es für die DDR einige wichtige spezifische Bedingungen, die ihre Entwicklung erheblich beeinflusst haben.

Erstens war in der DDR die Abhängigkeit der Politik und speziell der Wirtschaftspolitik von der UdSSR stärker ausgeprägt als in den anderen RGW-Staaten. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR waren insgesamt umfassender und intensiver als die zwischen der UdSSR und den anderen RGW-Staaten.

Zweitens war die DDR gemeinsam mit der Tschechoslowakei das einzige Land, das vor Beginn des sozialistischen Aufbaus zu den industriell entwickelten Ländern Europas gehörte. Daraus ergaben sich für die DDR viele Probleme und auch unterschiedliche Interessen bei der Nutzung der Möglichkeiten und Vorteile der internationalen Arbeitsteilung im Rahmen des RGW.

Drittens war die DDR der einzige Staat, der als Teil eines früher bestehenden einheitlichen Staates und eines einheitlichen Wirtschaftsorganismus den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritt. Hieraus ergaben sich vielfältige, größtenteils problematische und hemmende Auswirkungen, u.a. einer bis 1961 offenen Staatsgrenze, beträchtliche, teilweise einschneidende Verluste an gut ausgebildeten Fachkräften, die nach Westdeutschland abwanderten, starke Abhängigkeit von politisch induzierten Störungen der Wirtschaftsbeziehungen.

Viertens direkte Konfrontation mit der stärksten europäischen Wirtschaftsmacht, der BRD, mit einer in den 50er und 60er Jahren äußerst dynamischen Wirtschaftsentwicklung sowie beträchtlichen Realloohnerhöhungen und Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung, die immer als Vergleichsmaßstab für die Bevölkerung der DDR galten. Aus den engen und zugleich spezifischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen den dort lebenden Menschen ergaben sich Besonderheiten, die die Entwicklung der DDR stark beeinflussten. Das wird in dem Buch von Jörg Roesler zur deutsch-deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte überzeugend nachgewiesen

- Belastung bzw. Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den ersten Nachkriegsjahren: einerseits hohe Reparationslasten für die DDR, andererseits Marshallplan für die BRD;
- Korea-Krieg: einerseits stärkere Belastungen der DDR-Wirtschaft durch einen höheren Beitrag zu den Militärausgaben des „sozialistischen Lagers“, andererseits erweiterten sich die Exportmöglichkeiten der westdeutschen Industrie, da vor allem die Produktionskapazitäten der USA und anderer Konkurrenten verstärkt für militärische Zwecke eingesetzt wurden;
- Abwanderung von Fachkräften in die BRD: einerseits bedeutende Verluste der DDR durch verlorene Bildungsaufwendungen und Fehlen von Fachkräften, andererseits Bereicherung der BRD durch Einsparen an Bildungsaufwendungen und zusätzliche Impulse durch gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- Internationale Verflechtungen: einerseits der DDR mit wirtschaftlich und technologisch weniger fortgeschrittenen Partnern im RGW, andererseits der BRD – ökonomische Beziehungen vorrangig mit leistungsfähigen Partnern in der EWG/EG bzw. EU und der USA. Die DDR war das Land mit den größten und intensivsten Export-Importbeziehungen zur UdSSR. Der Anteil der RGW-Länder am Export der DDR betrug 1980 65 %, darunter der UdSSR 36 % (berechnet auf Basis der Exporterlöse in Valutamark).

Ein Vergleich der Einflüsse äußerer Faktoren auf die ökonomische Entwicklung in den beiden deutschen Staaten weist darauf hin, dass diese nicht nur eine unterschiedliche Intensität in beiden Staaten aufwiesen, sondern zu einem großen Teil in entgegengesetzter Richtung wirkten, in Ostdeutschland hemmend, in Westdeutschland stimulierend. Das wird in dem Buch von Jörg Roesler zur deutsch-deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte überzeugend nachgewiesen..

Einige Bemerkungen zu den **strukturellen oder genetischen Schwächen und Defiziten des Realsozialismus**

Die grundlegenden strukturelle Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus bestanden insbesondere in der *unbefriedigenden realen Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln* und der *unzureichenden Nutzung der Mechanismen und Kategorien des Marktes*. Hiermit hängen mehrere Erscheinungen und Tendenzen zusammen, die die ökonomische Entwicklung und ihre Planung wesentlich gehemmt haben (keine vollständige Auzählung)

- Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch der Partei mit solchen Konsequenzen, wie fehlende wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens, übermäßige Zentralisierung und zu wenig effiziente Leitung und Planung der Wirtschaft und der anderen Bereiche, Voluntarismus;
- unzureichende Spielräume im Rahmen der zentralisierten Planung für eigenverantwortliches Handeln der Wirtschaftssubjekte (Betriebe), Arbeitskollektive und Individuen). Die Unternehmerfunktion konnte durch die Leiter in den staatlichen Betrieben nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Das Interesse der verantwortlichen Leiter der Betriebe und Kombinate war auch mehr auf die Erfüllung und Überbietung der quantitativen Plankennziffern als auf bedarfsgerechte Produktion, Innovationen, Effizienz und Ressourceneinsparung gerichtet;
- Monetäre Kategorien und Instrumente des Marktes wurden nicht richtig genutzt und zu schwach mit einer gesellschaftlichen Regulierung verbunden;
- Starrheit, Zeitverluste, geringe Flexibilität der Produktion, insbesondere bei Strukturveränderungen und bei Erzeugnis- und Technologieinnovationen, die auch ein Grund für die ausgeprägten Mangelerscheinungen bei der Befriedigung des differenzierten, sich häufig rasch verändernden Bedarfs waren;
- Die administrativ festgelegten Preise spiegelten nur unvollständig die realen gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen und die Realisierungsbedingungen auf den Märkten wider. Die Bewertung der volkswirtschaftlichen Effizienz von Investitions- und Strukturentscheidungen und die effektive Ressourcenallokation wurden durch administrativ festgelegte Preise, z.B. für mikroelektronische Bauelemente erschwert und häufig stark verzerrt. Dadurch wurden auch Fehlentscheidungen begünstigt;

Diese Tendenzen standen nicht nebeneinander sondern bedingten sich größtenteils wechselseitig und traten gemeinsam in Erscheinung. Es ist deshalb auch nur sehr eingeschränkt möglich, ihren jeweiligen Einfluss auf die ökonomischen Defizite des Realsozialismus differenziert zu bewerten. Wenn unter Beachtung dieser Einschränkung versucht wird, *Prioritäten für unbedingt zu vermeidende Fehlentwicklungen in einem Projekt des Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert zu bestimmen, so müssten an der Spitze stehen: (1) es darf kein Wahrheits-, Führungs- und Machtmonopol einer Partei geben: gesellschaftliches Eigentum und Wirtschaftsdemokratie gehören ebenso zusammen und dürfen nicht von einander getrennt werden wie ,Sozialismus und Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit und Freiheit; (2) die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln in den Wirtschaftseinheiten dürfen nicht zu eng sein, die ökonomischen Interessen der Leiter und aller Beschäftigten dürfen nicht den gesellschaftlich nützlichen und notwendigen*

Erfordernissen einer nachhaltigen, innovativen und effizienten Wirtschaft widersprechen, sondern müssen diese wirksam fördern; (3) die gesellschaftliche Planung/Regulierung der Wirtschaft darf nicht einseitig auf makroökonomische Kriterien gerichtet werden und die Effizienz betrieblicher Reproduktionsprozesse, zwischenbetrieblicher und regionaler Wertschöpfungsketten sowie die allseitige Entwicklung der Individuen vernachlässigen.

Einige strittige Diskussionsfragen und offene Probleme bei der Auswertung von Erfahrungen des Realsozialismus und für die Vorstellungen über einen Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert

Hier können nur einige wenige Fragen aufgegriffen und fragmentarisch behandelt werden. Einmal die Warenproduktion im Sozialismus und ihre Beziehung zur gesellschaftlichen Regulierung, zum anderen Probleme einer Äquivalenzökonomie.

Die Auseinandersetzung darüber, ob und inwieweit ein sozialistisches Wirtschaftssystem mit der **Existenz von Warenproduktion, Markt, Wertgesetz und den davon abgeleiteten marktwirtschaftlichen Kategorien und Mechanismen** zu vereinbaren ist, geht weiter. Es stehen sich derzeit zwei gegensätzliche Auffassungen gegenüber. Sie stützen sich jeweils auf theoretische Argumente und auch praktische – oft mehr negative – Erfahrungen. Marx schreibt im Dritten Band des „Kapital“ über den Sozialismus: „Nur wo die Produktion unter wirklicher vorherbestimmender Kontrolle der Gesellschaft steht, schafft die Gesellschaft den Zusammenhang zwischen dem Umfang der gesellschaftlichen Arbeitszeit, verwandt auf die Produktion bestimmter Artikel, und dem Umfang der durch diese Artikel zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse.“ (MEW, Bd. 25: 195) D.h. der Zusammenhang zwischen der Herstellung der Waren und den zu befriedigenden Bedürfnissen soll direkt unter Umgehung des Werts und des Markts hergestellt werden. Die Bedingungen unter denen sich der Realsozialismus entwickelt hat – für eine volle Bedürfnisbefriedigung noch unzureichendes Produktivkraftniveau, arbeitsteilige Produktion relativ selbständiger Wirtschaftseinheiten (Betriebe) u.a. – *erfordern jedoch eine Planung der Produktion und der Verteilung der Güter unter Nutzung der Wert- und des Marktkategorien.* Inwieweit und wann eine Planung der Produktion der Güter direkt entsprechend den in ihnen enthaltenen Arbeitszeiten und unter Umgehung der Kategorien des Werts und des Markts in einer späteren Entwicklungsphase der auf Gemeineigentum beruhenden Gesellschaft möglich sein wird, bleibt m.E. eine offene Frage, die heute nicht zu entscheiden ist.

Weiterhin gilt aber auch: Solange es Privateigentum an den Produktionsmitteln, Warenproduktion und einen Markt gibt, existieren auch ökonomischen Möglichkeiten für die Herausbildung kapitalistischer Produktion und für eine sozial unerwünschte Polarisierung der Einkommen der Bevölkerung. Nach den bisherigen Erfahrungen z.B. in China führt die Entfaltung der Marktkräfte auch unter den Bedingungen einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ zu negativen Bereicherungs- und sozialen Polarisierungstendenzen.

Die 70 bzw. 40 jährige Entwicklung der Sowjetunion und der anderen staatssozialistischen Länder hat bewiesen, dass durch Veränderungen der Eigentums- und Machtstrukturen die Dominanz des Profitprinzips überwunden werden kann. Zugleich zeigen die Erfahrungen im Staatssozialismus, dass eine halbherzige, inkonsequente Anwendung marktwirtschaftlicher Elemente und das Stützen auf administrativ festgelegte Surrogate anstelle der realen Marktkategorien zu Hemmnissen vor allem bei der Objektivierung wirtschaftlicher Entscheidungen, in der Innovationstätigkeit und bei der Verbesserung der betrieblichen Effizienz führt.

Die m.E. weder wegzudiskutierende noch zu umgehende Herausforderung besteht darin, eine solche *spezifische Verbindung zwischen Markt und gesellschaftlicher Regulierung/Planung*

herzustellen, die erstens ein starkes Interesse der Wirtschaftssubjekte an Innovationen und effizienter Ressourcennutzung hervorbringt, zweitens eine auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit gerichtete Wirtschafts- und Strukturentwicklung fördert und drittens auch soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und einen neuen Typus der Vollbeschäftigung sichert. Die Problematik wird nicht geringer sondern natürlich weitaus umfangreicher, wenn noch berücksichtigt wird, dass es gilt, diese Aufgaben nicht nur national, sondern auch unter den Bedingungen einer zunehmend international verflochtenen und offenen Ökonomie zu lösen.

Der Kapitalismus wird durch den Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlich rationalem und effizientem Verhalten und gesamtwirtschaftlich unrationellem, mit hohen Verlusten verbundenem Handeln – Brachliegen großer Ressourcen besonders an lebendiger Arbeit, Vergeudung von Energie und Rohstoffen, deformierte Lebensweise – gekennzeichnet. Dieser Widerspruch wurde im Realsozialismus, zugespitzt gesagt, einfach umgekehrt. Volkswirtschaftlich hohes Wachstum und das Fehlen von Arbeitslosigkeit beruhten unzureichend auf hoher Innovativität und Effizienz der betrieblichen Reproduktion und waren mit erheblichen Mangelerscheinungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und der Betriebe mit Material, Zulieferungen und Ausrüstungen verbunden. Die Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung in einem Demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts steht vor der Herausforderung, *Rationalität auf allen Ebenen miteinander zu verbinden: gesamtwirtschaftlich, betrieblich und regional, in der Produktion und in der Konsumtion, in der Ökonomie, in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und in der Ökologie.*

Die Gestaltung der Beziehungen zwischen einer gesellschaftlicher Regulierung grundlegender Prozesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Marktregulierung wichtiger Elemente, vor allem der millionenfachen Einzelprozesse der Produktion, Verteilung und des Austauschs, gehört zweifellos zu den kompliziertesten ökonomischen Erfordernissen der Entwicklung der Wirtschaft im Sozialismus. Diese Aufgabe ist bisher weder theoretisch voll ausgearbeitet, noch liegen hierfür ausreichende, praktisch nutzbare Ergebnisse vor.

Die Erfahrungen des Staatssozialismus und seines Scheiterns in Europa, des Übergangs zur Marktwirtschaft in Russland, in anderen GUS-Staaten und in den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die Ergebnisse des angestrebten Übergangs zu einer sozialistischen Marktwirtschaft in China und Vietnam, die Bemühungen zur ökonomischen Stabilisierung in Kuba und die Diskussion zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Lateinamerika sowie andererseits die Entwicklungstendenzen eines sozial und ökologisch deregulierten und entgrenzten Finanzmarkt-Kapitalismus weisen in diesem Zusammenhang u.a. auf folgende Probleme und Konsequenzen hin:

- Das bisherige Wirtschafts- und Planungsmodell des Staatssozialismus hat zwar Kategorien der Warenproduktion und des Wertes genutzt. Diese wurden aber faktisch weitgehend durch staatlich festgelegte Surrogate („ökonomische Hebel“, staatlich festgelegte Preise u.a.) bestimmt. Die für die Betriebe entscheidenden Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Resultaten und ihren Möglichkeiten zur Akkumulation, zur Anwendung von Innovation und insgesamt zur erweiterten Reproduktion – die Eigenerwirtschaftung der Mittel für die Reproduktion – wurden kaum wirksam. Die widersprüchliche, inkonsequente Nutzung des Markts, marktwirtschaftlicher Zusammenhänge und monetärer Mechanismen schränkte die ökonomische Motivation der Betriebe als Wirtschaftssubjekte, der Arbeitskollektive und der einzelnen Produzenten für hohe wirtschaftliche Leistungen ein.

Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Realsozialismus besteht darin, den *ökonomischen Interessen der Betriebe, ihrer ökonomischen Motivation an Effizienz, Ressourceneinsparung und Bedarfsdeckung, der Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie der Erweiterung der Möglichkeiten für unternehmerisches Handeln erhöhte Beachtung zu schenken*. Das gilt um so mehr angesichts zunehmender Anforderungen an ein flexibles, rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und höherer Anforderungen an Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Autonomie kleinerer Struktureinheiten und der Individuen.

- Die Erfahrungen Russlands, der anderen aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten und der mittel- und osteuropäischen Staaten bei der schockartigen Einführung der Marktwirtschaft und der Beseitigung der Planung waren sowohl hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung, als auch und besonders der sozialen Wirkungen (Arbeitslosigkeit, Verarmungsprozesse, zunehmende soziale Unsicherheit und Ungleichheit) teilweise katastrophal. Aus ihnen lassen sich kaum weiterführende positive Erkenntnisse für ein sozialistisches Projekt ableiten.

Die Erfahrungen in China (ähnlich auch in Vietnam) aus dem schrittweisen Übergang zu einem von der Führung der Kommunistischen Partei als sozialistische Marktwirtschaft bezeichneten Wirtschaftsmodell sind widersprüchlich. Auf der einen Seite beachtliche Ergebnisse einer schon länger anhaltenden hohen Wirtschaftsdynamik, der Modernisierung der Produktion und der Infrastruktur, eines beschleunigten Städte- und Wohnungsbaus, einer außerordentlich starken Exportdynamik mit hohen Exportüberschüssen und den weltweit größten Devisenbeständen. Auf der anderen Seite starke Zunahme sozialer Polarisierung, Ausbreitung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse, unkontrolliertes Wachstum, geringe Effizienz des Energie- und Rohstoffeinsatzes mit negativen zum Teil irreversiblen ökologischen Folgen. Eine zusammenfassende Bewertung dieser Entwicklung in China hinsichtlich der Nutzung von Erfahrungen für ein sozialistisches Projekt in einem Land mit großen ökonomischen Rückständen ist zur Zeit nur bedingt möglich.

Seit einiger Zeit spielt die von Arno Peters und Heinz Dieterich begründete **Äquivalenzökonomie** eine wichtige Rolle im linken Diskurs über sozialistische Perspektiven. Die Äquivalenzökonomie, die nach Peters/Dieterich auf dem Austausch der Waren nicht zu ihren Preisen, sondern zu ihren Werten beruht, wird von Dieterich neben der Demokratisierung als unverzichtbarer Bestandteil eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Es sprechen jedoch mehrere Gründe dagegen, dass sie für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert Grundlage sein können.¹ Hier kann nur auf einige Aspekte hingewiesen werden.

Die Forderung, die Waren auf Grundlage der direkt für ihre Herstellung aufgewandten Arbeitszeit auszutauschen, berücksichtigt nicht für die Marxsche Wertbestimmung unverzichtbare Unterscheidung zwischen komplizierter und einfacher Arbeit sowie zwischen intensiver und weniger intensiver Arbeit. Eine Wertrechnung auch im Sozialismus erfordert, die größere wertschaffende Potenz über dem Durchschnitt liegender komplizierter und intensiver Arbeit zu berücksichtigen. Unabhängig davon, ob es mit Hilfe der modernen Computertechnik möglich ist, die für die Herstellung der Waren erforderlichen Arbeitszeiten direkt zu erfassen, würde die Anwendung eines solchen Prinzips auf der gegenwärtigen und in der nächsten Zukunft erreichbaren Entwicklungsstufe der Produktivkräfte den

¹ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der von Arno Peters und Heinz Dieterich behandelten Problematik einer Äquivalenzökonomie ist enthalten u.a. in Beiträgen von Bischoff/Lieber im Novemberheft von Sozialismus, von Wenzel in Utopie kreativ, September 2006 und in dem Buch von Crome (2006). Sozialismus im 21. Jahrhundert. .

Entwicklungserfordernissen der Gesellschaft, der Wirtschaftseinheiten und auch der Individuen widersprechen. Auch die Erfahrungen in den Ländern des Realsozialismus unterstreichen die Notwendigkeit, die unterschiedliche Qualität und Intensität der verausgabten Arbeit zu berücksichtigen. D.h. eine Gleichsetzung von Arbeiten nur nach der geleisteten *Arbeitszeit* widerspricht den Effektivitäts- und Leistungserfordernissen des Sozialismus und auch dem sozialistischen Leistungsprinzip. Es kann im Sozialismus auch keine Äquivalenz geben zwischen dem Lohn als Entgelt für die geleistete Arbeit und dem durch diese Arbeit geschaffenen Wertprodukt, der Wertschöpfung.

Die Notwendigkeit zur *Erzeugung eines Mehrprodukts* bleibt im Sozialismus nicht nur erhalten, sondern nimmt in ihrer Bedeutung noch zu. Allerdings nicht zur Bereicherung des Kapitaleigentümers und als Quelle für die Akkumulation des Kapitals, sondern als Grundlage für die gesellschaftliche Akkumulation und für die Lösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Das Mehrprodukt spielt im Sozialismus eine völlig andere Rolle als der Mehrwert oder Profit im Kapitalismus. Die Maximierung des Profits oder der Rendite ist das Ziel der kapitalistischen Produktion, das letztlich bestimmende Kriterium ihrer Rationalität. Das Ziel der sozialistischen Produktion besteht im Gegensatz hierzu darin, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die Bedingungen für ihre Emanzipation und allseitige Entwicklung zu schaffen sowie eine solche ökonomische Entwicklung anzustreben, die die natürliche Umwelt im Interesse künftiger Generationen erhält. Hiervon ausgehend ist nicht allein das Mehrprodukt, seine Höhe und Dynamik, sondern das gesamte Nettoprodukt (notwendiges und Mehrprodukt) oder Nationaleinkommen, unter Beachtung der Erfordernisse ökologischer Nachhaltigkeit, das Kriterium zur Bewertung der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Die Anforderungen an ein hohes Mehrprodukt würden in einer sozialistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert weit größer als heute sein. Dies ergibt sich vor allem aus den Aufgaben die von der Gesellschaft für die soziale Sicherheit und Gleichheit infolge der demografischen Entwicklung zu gewährleisten sind, aus den sich verschärfenden Umweltproblemen, die mit stark ansteigenden Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung und Investitionen verbunden sind, sowie aus den erforderlichen Schritten und Mitteln zur Überwindung von Unterentwicklung, Hunger und Armut in großen Teilen der Welt.

Veränderte Bedingungen für einen Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert

Es geht nicht mehr, wie in Russland 1917 und danach in anderen Ländern, um den ersten Versuch der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, sondern um den Kampf für eine sozialistische Alternative zum heutigen Kapitalismus *nachdem* der Realsozialismus in Europa gescheitert ist aber sich auch mehr als 70 Jahre in einer feindlichen Umwelt behauptet hat. Daraus ergibt sich u.a., dass es unverzichtbar ist, sowohl die Erfahrungen dieses sozialistischen Versuchs gründlich zu analysieren, als auch *deutlich zu machen, worin sich ein Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert unbedingt vom Realsozialismus des vergangenen 20. Jahrhunderts substantiell unterscheiden muss.*

Der Kampf um eine sozialistische Perspektive erfolgt in einer kapitalistischen Welt, in der der neoliberale Umbau der Gesellschaft forciert wird, in der sich die Widersprüche, Gefahren und Zukunftsbedrohungen auf faktisch allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens dramatisch verschärfen: zunehmende soziale Ungerechtigkeit, Polarisierung und Armutstendenzen, Zuspitzung der Umweltkrise, ungelöste Probleme aus der demografischen Entwicklung, zunehmende politische und ökonomische Labilität in den internationalen Beziehungen, erhöhte Gefahren kriegerischer Konflikte, Verelendungsprozesse und Ausweglosigkeit in

großen Teilen der Dritten Welt nehmen insbesondere durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung noch mehr zu.

Hieraus ergeben sich wichtige Konsequenzen für die Linke. Hier sollen zwei hervorgehoben werden. Erstens gilt es stets die *Vielfalt der gegen den entfesselten Finanzmarktkapitalismus gerichteten Interessen, Bewegungen und Aktionen stets zu berücksichtigen*. Zweitens ist es notwendig, *die Kämpfe gegen die Auswirkungen der neoliberalen Politik und für konkrete Veränderungen auf den für das Leben der Menschen wichtigen Politikfeldern heute im Realkapitalismus mit dem Kampf um eine sozialistische Perspektive zu verbinden*.

Aus der kapitalistischen Globalisierung und anderen Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus ergeben sich vielfältige Auswirkungen auf die konkreten Bedingungen der Kämpfe für einen sozialistischen Transformationsprozess. Dies betrifft insbesondere Fragen einer stärkeren *Vernetzung der sozialistischen Linken, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen der verschiedenen Mitgliedsländer der EU* in ihren Aktionen und Strategien sowie die Problematik, dass *tiefgreifende Veränderungen in Richtung einer sozialistischen Alternative nicht isoliert in einzelnen Ländern möglich sein werden*.

Schließlich müsste noch hervorgehoben werden, dass *die Bedingungen, Erfahrungen und Vorstellungen für einen Sozialismus im 21. Jahrhunderts sehr vielfältig sind, sich oft auch wesentlich voneinander unterscheiden*. Dies gilt regional, z.B. für beträchtliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen in den Ländern oder Ländergruppen Europas und natürlich noch mehr in Europa und Lateinamerika oder anderen Regionen der Erde. Dies gilt aber ebenso, zwischen verschiedenen linken bzw. linkssozialistischen Parteien und zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen und auch innerhalb dieser Parteien und Bewegungen. Konsequenzen hieraus sind u.a.: Pluralität der Vorstellungen und Konzepte für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert sowie notwendige Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen. Die Zeiten, in denen *ein Sozialismusmodell*, das sowjetische, bestimmend war oder zumindest bestimmend sein sollte sind endgültig vorbei. Auch die Zeiten der führenden Rolle einer Partei sollten endgültig vorbei sein. All das stellt *höhere Anforderungen an die Diskursfähigkeit und Toleranz der an einer sozialistischen Alternative interessierten Kräfte, wovon wir leider noch recht weit entfernt sind*.

Die Vorstellungen über einen Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert müssten sich in wesentlichen Zügen vom Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden, und dabei *Vorstellungen von Marx aus dem 19. Jahrhundert über eine zukünftige sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft wieder revitalisieren*. Ich denke dabei vor allem an das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, „in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird“, womit an eine Grundforderung des Kommunistischen Manifests angeknüpft wird.² Dies gilt auch für die Hervorhebung der Emanzipation der Arbeit und der damit verbundenen Aufhebung ihrer Entfremdung sowie für die Begründung des internationalen Charakters des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft (entgegen der Theorie Stalins über den Sieg des Sozialismus in einem Land). Zugleich müssten sie sich *von den Marxschen Vorstellungen u.a. darin unterscheiden bzw. über sie hinausgehen, dass die Waren- und Wertkategorien und der Markt nicht verschwinden, sondern sie vielmehr in Richtung einer sozialistischen Marktwirtschaft, eine wichtige Funktion im Sozialismus ausüben werden, und dass den Strukturveränderungen der Wirtschaft, von der Produktion materieller Güter hin zur Herstellung von Dienstleistungen, insbesondere hochwertiger sozial-kultureller und Bildungsdienstleistungen sowie einer*

² Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland, Entwurf verabschiedet am 22. Oktober 2006 auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG

Änderung des Inhalts und der Funktion des Wirtschaftswachstums die Wirtschaftsentwicklung bestimmen müssen. Dieses über Marx Hinausgehen gilt auch für die Forderung, dass die Probleme der natürlichen Umwelt und einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung einen herausgehobenen Platz im einem sozialistischen Transformationsprozess erhalten müssen. Ein größeres Gewicht kommt auch den gegenwärtigen Globalisierungsprozesse, den vielfältigen und widersprüchlichen Aspekte der Individualisierung und der Entwicklung des Bewusstseins der Subjekte sowie Gleichstellungserfordernisse zu.

Damit sind wichtige Elemente vorhanden, um abschließend wichtige Kennzeichen und Anforderungen eines Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert und seiner Unterschiede zum gescheiterten Realsozialismus zu umreißen. Dabei gehe ich davon aus, dass es unmöglich ist, die Art und Weise der Entstehung und Herausbildung sowie der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gegenwärtig konkret vorauszusagen. Der Versuch, heute ein Modell zu entwerfen, nach dem die Gesellschaft und dabei speziell die Wirtschaft funktionieren soll, muss scheitern. Dazu kann unser heutiges Wissen nicht ausreichen. *Viele Fragen werden nur in einem widerspruchsvollen Lernprozess in der Praxis, der den Erfahrungsschatz bereichert und zu neuen Einsichten und Erkenntnissen führt, zu beantworten sein.*

1. Die im Realsozialismus aufgetretenen *Entstellungen des emanzipativen, demokratischen Charakters einer sozialistischen Gesellschaft, seine strukturellen oder genetischen Schwächen und Defizite, müssten grundsätzlich und von Beginn an vermieden werden.* Hierfür sind in Übereinstimmung mit den Erfahrungen des Realsozialismus folgende Grundforderungen wichtig:
 - Die Herausbildung des Sozialismus als friedlicher *längerer Transformationsprozess* gestützt auf tiefgreifende Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen. Eine sozialistische Alternative wird zumindest in Europa nur im Rahmen eines internationalen, mehrere Länder erfassenden demokratischen Prozesses der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse Chancen haben.
 - *Demokratisch legitimierte, von Mehrheiten unterstützte Schritte* müssen in allen Etappen einer sozialistischen Entwicklung Grundlage für sozialistischer Veränderungen sein. „Nur eine umfassende Demokratisierung und eine hohe Transparenz der Entscheidungsprozesse kann Fehlentwicklungen, wie sie den bisherigen Sozialismusversuch kennzeichneten, vermeiden bzw. möglichst frühzeitig aufspüren und korrigieren.
 - *Weiterführung der Diskussionen über mögliche Einstiegsprojekte* in eine die Grenzen des Kapitalismus überschreitende alternative Gesellschaft. Wichtig sind hierbei die ständige Auswertung und öffentliche Diskussion von Erfahrungen solcher Einstiegsprojekte, ihre Offenheit für Korrekturen und Neuentwicklungen, für einen ständiger Such- und Lernprozess.
2. Die zur Überwindung der Ausbeutung und der Dominanz des Profitprinzips notwendigen *Veränderungen der Eigentumsstrukturen und -verhältnisse müssten sich von denen des Realsozialismus wesentlich unterscheiden.* Das müsste sich u.a. darin äußern, dass bei Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmittel eine Pluralität und eine größere Vielfalt von Eigentumsformen gesichert werden, dass die einseitige Hervorhebung des staatlichen Eigentums als höchste Form des sozialistischen Eigentums durch ein gleichberechtigtes Nebeneinanderbestehen verschiedener Formen des öffentlichen Eigentums – Eigentum des Bundes, der Bundesländer, der Kommunen, anderer öffentlicher Träger und gemischte Eigentumsformen – ersetzt wird, genossenschaftliche Eigentumsformen in den verschiedenen Bereichen und Sphären der

Reproduktion eine besondere Förderung erhalten, alternative Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie unterstützt werden, und das Weiterbestehen privater Eigentums kleiner und mittlerer Unternehmer gewährleistet wird.

Inwieweit bestimmte Eigentumsformen besonders zu fördern sind, müsste stärker von ihrer Eignung abhängig gemacht werden, in dem jeweiligen Bereich das Erreichen gesellschaftlicher Zielstellungen zu unterstützen, wie Verbesserung der Effizienz, Verwirklichen ökologischer Erfordernisse, Schaffung bzw. Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verbesserung der Bedingungen für eine demokratische Mitbestimmung in den Betrieben, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Die Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in gesellschaftliches Eigentum bleibt eine unverzichtbare Bedingung für eine demokratische Wirtschaftsplanung und die Durchsetzung eines neuen Typs sozial und ökologisch nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung.

Ein weit höherer Stellenwert muss bei allen Eigentumsformen der Veränderung der realen Verfügungsmacht über das Eigentum zugunsten einer Stärkung der Wirtschaftsdemokratie, der Beachtung gesellschaftlicher Erfordernisse und der Interessen der Bevölkerungsmehrheit zukommen.

Beim staatlichen Eigentum geht es vor allem um die Weiterführung der realen Vergesellschaftung im Interesse der Produzenten und Konsumenten, die Erhöhung ihres Einflusses auf die wirtschaftliche Tätigkeit, auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und die Herausbildung einer neuen Qualität der Arbeit, auf die Veränderung von Produktionsstrukturen, auf Schritte zur Beseitigung ökologisch schädlicher Produktionen und zur Durchsetzung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung, auf Investitionen und Innovationen zur bewussten Gestaltung der Produktivkraftentwicklung im Interesse der heute Lebenden und zukünftiger Generationen. Dazu sind solche Rahmenbedingungen notwendig, die einerseits die Spielräume der Betriebe für eigenverantwortliche Entscheidungen, für die Verwendung des Gewinns erweitern und die andererseits die Betriebe daran interessieren und es ihnen ermöglichen Vorstellungen und Vorschläge umzusetzen, die nicht nur für den einzelnen und für den Betrieb sondern auch für die Gesellschaft nützlich sind. Auch hier wird ein ständiger Such- und Lernprozess entscheidend sein, um die jeweils zweckmäßigsten Schritte und konkreten Formen der Entwicklung und Ausgestaltung des Gemeineigentums zu bestimmen.

Eine wichtige Seite der Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse besteht darin, die *Interessen der Wirtschaftssubjekte, der Betriebe, besser zu berücksichtigen.*

Eine der größten Probleme, die bisher weder im Realsozialismus noch im Kapitalismus gelöst worden sind besteht darin, *gesamtwirtschaftliche Rationalität mit einer hohen Effizienz der Wirtschaftseinheiten (betriebswirtschaftliche Effizienz) zu verknüpfen.*

Wir sollten davon ausgehen, dass die Veränderung der Eigentumsformen durch Überführung in gesellschaftliches Eigentum und Veränderungen in der Verfügungsmacht nicht als alternative Wege zur Lösung der Eigentumsfrage betrachtet werden, sondern vielmehr als *zwei sich gegenseitig bedingende und beeinflussbare, gleichzeitig zu beschreitende notwendige Wege zu betrachtet sind.*

3. Die Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung muss darauf beruhen, dass die *Nutzung des Markts und des Wettbewerbs stabil mit einer gesellschaftlichen, demokratisch kontrollierten Regulierung/Planung verbunden wird.* Bei der Lösung dieser Aufgabe kommt *dem Staat und auch zivilgesellschaftlichen Strukturen* eine zentrale Bedeutung zu.

Eine zukunftsfähige Lösung kann nur in einer neuen Qualität der Verbindung beider Regulierungsprinzipien, der Markt- und der gesellschaftlich/staatlichen Regulierung, liegen, deren Möglichkeit und konkrete Ausgestaltung noch viele offene Probleme und Fragen enthält, die nicht mit einem abstrakten Modell, sondern nur später in einem längeren praktischen Lernprozess entschieden werden können. Qualität und Lebensfähigkeit des Sozialismus hängt entscheidend von seiner Fähigkeit ab, die praktizierte Regulierung ständig kritisch zu prüfen, und *von innen heraus notwendige Korrekturen vorzunehmen*.

In einem Sozialismusprojekt des 21. Jahrhunderts müsste der Qualifizierung der Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und steuerpolitischen Bedingungen, ein höherer Stellenwert beigemessen werden als im Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet u.a., dass die Aufstellung und öffentliche, transparente, demokratische Diskussion der Haushalte – Entwicklung partizipativer Haushalte – auf allen Ebenen eine Schlüsselfunktion erhält.

Die Festlegung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit ist ein notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Regulierung. Sie darf aber nicht darauf beschränkt werden. Hierzu gehört auch die direktive, verbindliche Festlegung von Zielen, Aufgaben und der zu ihrer Realisierung erforderlichen Maßnahmen und Ressourcen. Dazu sind wichtige zukunftsbestimmende, insbesondere für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die Herausbildung einer neuen, zukunftsfähigen Lebensweise wichtige verbindliche staatliche Auflagen und strukturpolitische Entscheidungen erforderlich. Dazu sind wichtige zukunftsbestimmende, insbesondere für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die Herausbildung einer neuen, zukunftsfähigen Lebensweise wichtige verbindliche staatliche Auflagen und strukturpolitische Entscheidungen erforderlich. Sie sollten auch ausgewählte natural-stoffliche Auflagen und Bilanzen, öffentliche Investitionsprogramme, Maßnahmen zur Sicherung einer Vollbeschäftigung neuer Art umfassen.

4. Die *soziale Sicherheit* wird angesichts der demografischen Veränderungen, der Vergrößerung der Freizeit und eines insgesamt geringeren Wirtschaftswachstums vor neuen Herausforderungen stehen. Hierzu müssten Grundzüge der Finanzierung der sozialen Sicherheit und der sozialen Gleichheit neu herausgearbeitet werden.

Im Zusammenhang hiermit und den hohen Anforderungen an die Sicherung der gesellschaftlichen Akkumulation, sowohl für die produzierende Bereiche als auch für die Umwelt, die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur, Wissenschaft u.a. sowie für die Infrastruktur *wachsen die Anforderungen an das Mehrprodukt*, an seine Verteilung und Umverteilung sowie an seine zweckmäßigste Verwendung unter Berücksichtigung nicht nur aktueller sondern verstärkt auch von Zukunftsinteressen.

5. Eine Schlüsselfrage für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert und für seine andere Qualität im Vergleich zum Realsozialismus müsste die *Herausbildung eines neuen, sich vom Kapitalismus wesentlich unterscheidenden Produktions- und Reproduktionstyps und Pfades der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie eines damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyps* sein.

Für die Entwicklung einer dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts adäquaten Produktions- und Lebensweise ergeben sich drei grundlegende Anforderungen

- Nutzung der neuen Möglichkeiten der Produktivkräfte – höhere Flexibilität, bessere Bedingungen zur dezentralen Wahrnehmung von Produktions- und Reproduktionsfunktionen, zunehmende Bedeutung der Qualifikation, Selbständigkeit und

Zuverlässigkeit der Beschäftigten für die Produktionsergebnisse u.a. – für eine neue Qualität der gesellschaftlichen Arbeit und die Herausbildung neuer Lebensstile.

- Realisierung eines neuen Typs sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung. Dieser muss auf zwei Beinen stehen. Einerseits erfordert er die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, einen neuen Typ gesellschaftlich notwendiger und nützlicher Arbeit, an der alle die es wollen, teilnehmen können sowie eine den gesellschaftlichen Standards entsprechenden sozialen Grundsicherung. Andererseits setzt er voraus, dass ein ökologisch orientierter Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft zielstrebig durchgeführt sowie ein neuer Pfad ökonomischer Entwicklung in Übereinstimmung mit der natürlichen Umwelt und den Veränderungen in den Bedürfnissen und in der Lebensweise der Menschen beschritten wird. Da die Dringlichkeit einer Weichenstellung zu diesem neuen Pfad besonders hoch ist, kommen in einem sozialistischen Transformationsprojekt Veränderungen auf diesem Gebiet, die auch als Einstiegsprojekte in diesen neuen Typ ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung angesehen werden können, eine hohe Priorität zu.

Der neue Pfad einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung setzt tiefgreifende Wandlungen in der Produktion und Reproduktion voraus, Änderungen im gebrauchswertmäßigen Inhalt, in der Struktur und Qualität seiner Ergebnisse, und auch hinsichtlich seiner Bedingungen und Grundlagen. Er muss vor allem auf der Steigerung der Effizienz der genutzten natürlichen Ressourcen beruhen. Diese gewinnt im Vergleich zur Einsparung an lebendiger Arbeit durch Produktivitätssteigerung ein größeres Gewicht. Die bisherige Tendenz der gegenläufigen Entwicklung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit – ständige Einsparung und Freisetzung von Arbeit auf der einen und steigender Einsatz von Rohstoffen und Energie auf der anderen Seite – muss aufgehoben werden.

- *Herausbildung neuer Lebensweisen und Lebensstile*: „Nicht Rücknahme von Wohlstand, sondern Herausfinden einer anderen Wohlfahrt, in der neue Räume in der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die irre Jagd nach ständig steigendem materiellen Konsum.“ (Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung 1997: 150)
6. Zur Entwicklung eines Sozialismus im 21. Jahrhundert gehört unbedingt auch die *Herausbildung einer neuen Qualität internationaler Wirtschaftsbeziehungen, die auf Gleichberechtigung, Solidarität und Zusammenarbeit beruhen*. Dies schließt eine tiefgreifende Umgestaltung der dominierenden kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung sowie die Herausbildung einer neuen, gerechten und zukunftsorientierten Weltwirtschaftsordnung ein.

Wir sehen es bleibt genug zu tun für uns, für die etwas Älteren, für die Jüngeren und für die kommenden Generationen.